

# Gießener Echo

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei Gießen

Nr. 1/46. Jahrgang

Januar 2015

Schutzgebühr: 0,40 €

## Bürgerbeteiligung – das große Sandkastenspiel

Seit Jahren angekündigt – jetzt liegt er vor: der Entwurf für die „Bürgerbeteiligung“.

Mit einem „Bürgerantrag“ können die Bürger künftig selbst Anträge ans Stadtparlament stellen, wenn sie von 1% der Wahlberechtigten – das sind ca. 550 - unterstützt werden.

Sie können auch eine „Bürgerversammlung“ einberufen, wenn dies von 1% - das sind ca. 800 - der gesamten Bevölkerung gewünscht wird.

Außerdem soll die „Bürgerfragestunde“ ausgeweitet werden. Und damit das alles richtig läuft wird ein „Bürgerbeteiligungsbüro“ eingerichtet mit Herrn Bassemir als Chef, der bisher das Büro der LaGa leitete.

Die Wünsche und Sorgen der Menschen in Gießen – wie bezahlbare Wohnungen und Hartz IV - spielen bei diesem Konstrukt die geringste Rolle.

Das können sie angesichts Schuldenbremse und Rettungsschirm auch gar nicht. Die „Bürger“ sollen lediglich entscheiden dürfen, wo gespart wird und sich „einbringen“.

Egal, was in diesem Bürokratismus versucht und angestellt wird: letztlich

entschieden wird im Stadtparlament. Basta. Das wurde ehrlicherweise auch mitgeteilt.

Allerdings gibt es in der Hessischen Gemeindeordnung die Möglichkeit eines Bürgerbegehrens und eines Bürgerentscheids, bei dem der Wille der Menschen für den Magistrat bindend ist. Wie damit in Gießen umgegangen wird, hat die BI gegen die LaGa erfahren müssen (s. S. 3). Wenn es

OB und Magistrat ernst wäre mit Bürgerbeteiligung, dann hätten sie es hier beweisen können. Die BI hat z.B. nicht nur 550 Unterschriften gesammelt, sondern 5500, ohne dass das die Stadt irgendwie berührt hätte.

Es ist ja auch Sinn und Zweck des Parlamentarismus: den Menschen Sand in die Augen zu streuen und den Anschein von Demokratie (= Volks-

(Fortsetzung auf Seite 3)



### Wer macht den Dreck weg?

Ein Spaziergang durch die verschneite Wieseckau nach Weihnachten gestaltete sich schwierig: die Wege waren weder geräumt noch gestreut, dafür teilweise vereist – und kein Warnhinweis. Der städtische Winterdienst ist unterbesetzt und räumt nur das Nötigste. Während jeder Privatmensch für die Sicherheit seines Gehweges zu sorgen hat und entsprechend haften muss, wenn jemand stürzt, kümmert die Stadt dies nicht. Es ja kein Geld da.

### Inhalt:

Medienhetze Ukraine/GIGIDA	S.2
Hartz-IV-Schikanen/LaGa	S.3
SDAJ-Kliniks-Zeitung/Kliniks-Check	S.4
AdF: Allen alles/Klimakonferenz	S.5
Havanna-Gruß/Cuban 5/Obama	S.6
Buch:Imperialer Realismus/Leserbriefe	S.7
Termine/Ria Deeg	S.8

**Für Frieden und Sozialismus!**



# Ukraine: gleichgeschaltete BRD-Medien hetzen mit

„Es gehört sich nicht, bewaffnet in andere Länder einzumarschieren“ – sagte ausgerechnet der US-Außenminister Kerry, Vertreter des Landes, das seit dem 2. Weltkrieg am häufigsten andere Länder überfallen hat. „Das Denken in Einflusssphären sollte der Vergangenheit angehören,“ sagte Frau Merkel – dabei ist es Deutschland und die EU, die mit aller Gewalt ihren Einflussbereich auf Kosten anderer ausdehnen. Die Einkreisung und Isolierung Russlands ist von einer kaum glaublichen Heuchelei und Meinungsmanipulation begleitet. Seit dem von USA und EU unterstützten Rechtsputsch in Kiew operieren an Russlands Grenzen bewaffnete Einheiten mit Hakenkreuzen, SS-Runen

und anderen Nazi-Symbolen an den Uniformen – und da soll die russische Regierung untätig bleiben? Ukrainische Politiker benutzen gegenüber dem russischsprachigen Teil ihrer Bevölkerung eindeutige Faschisten-sprache: Untermenschen und Überflüssige, die auszurotten sind, nennen sie die Menschen im Osten ihres Landes. Gegen diese Gebiete, deren Bewohner sich gegen die Rechtsregierung in Kiew wehren, führen sie einen Vernichtungskrieg und zerstören dabei das eigene Land. Gegenüber der eigenen und ausländischen Öffentlichkeit wird das als Krieg gegen Russland dargestellt. Schriftsteller, Filmemacher, Journalisten und andere nutzen Filmfestivals und inter-

nationale Kulturveranstaltungen zur Kriegshetze gegen Russland und gegen die russischsprachigen Ukrainer. Keiner ihrer westlichen Kollegen fragt sie nach den Faschisten in ihrem Land, nach der Verehrung für Nazi-Kollaborateure und nach den Mode gewordenen Grußformeln aus Nazi-Zeiten – stattdessen entschuldigen sie sich dafür, dass die EU-Länder die Kiewer Rechtsregierung nicht noch stärker unterstützen. Offensichtlich verhindert eine ungeschriebene Sprachregelung, dass die westlichen Massenmedien die Faschisten in der Ukraine als solche benennen, ihre Schandtaten werden verschwiegen. Allerdings zeigen viele Leserbriefe und Umfragen, dass ein großer Teil der Öffentlichkeit mit der einseitigen Berichterstattung nicht einverstanden ist. Folge ist aber nicht eine Änderung der Berichte, sondern es gilt das Motto: wenn ihr uns nicht glaubt, bringen wir einfach immer mehr davon. Ob sich schließlich die Kriegshetzer oder die Friedenskräfte durchsetzen, ist offen. Nutzen wir die Erfahrungen des letzten Jahrhunderts und tragen wir dazu bei, die Scharfmacher in die Schranken zu weisen.  
Gernot Linhart



## GIGIDA in Gießen?

Für den 25. Januar hat ein wenig bekannter Gießener eine Kundgebung und Demonstration mit dem nichtssagendem Motto „Gemeinsam für die Zukunft“ (Untertitel „Gegen den radikalen Islam, gegen den Terror der IS“) aufgerufen. Eine Demonstration rechter Hetzer ist allerdings das Letzte, was Gießen braucht. Hier gibt es genug fortschrittliche Migranten und deren einheimische Unterstützer, die gegen menschenfeindliche Koran-Auslegung und islamistischen Terror auftreten. Die von NPD und AfD unterstützten PEGIDA-Horden und ihre bundesweiten Nachahmer brüllen auf ihren Aufmärschen zwar lautstark gegen Politiker und Massenmedien, in Wirklichkeit aber unterstützen sie deren Treiben. Sie lenken davon ab, wer für fehlende Arbeitsplätze, teure Wohnungen, Sozial- und Demokratieabbau verantwortlich ist. Sie schwächen den Widerstand der arbeitenden Bevölkerung indem sie die Spaltung zwischen Deutschen und Nichtdeutschen fördern. Sie lenken die aus sozialen Ängsten erwachende Wut ab von den Herrschenden hin zu Migranten. Was Gießen und das ganze Land braucht, ist gemeinsamer Widerstand von Deutschen, Migranten und Flüchtlingen gegen die Angriffe der Herrschenden auf soziale und demokratische Rechte. Nur die Erfahrung des gemeinsamen Widerstandes wird rassistische und nationalistische Agitation ins Leere laufen lassen und die Kämpfe der Bevölkerung in die richtige Richtung lenken, nämlich gegen Banken und Konzerne und deren ausführendes politische Personal. G.L.

Sie lügen wie gedruckt.  
Wir drucken, wie sie lügen!

3 WOCHEN GRATIS!

Die Tageszeitung **junge Welt**

www.jungewelt.de/testabo  
Abotelefon: 030 53 63 55 50

## Klage wegen medialer Kriegstreiberei

Thomas Kirchhof, Vorsitzender des BID-Marktquartiers, hat sich geweigert, die Rundfunkgebühren (18 Euro/Monat) zu bezahlen und dagegen geklagt. Er ist u.a. nicht bereit, die einseitige und kriegstreiberische Berichterstattung in ARD und ZDF über die Ukraine zu finanzieren. Damit werde das friedliche Zusammenleben der Völker gefährdet. Seine Klage wurde, wie zahlreiche andere in der BRD auch, vom Verwaltungsgericht in Gießen abgewiesen. Berufung ist möglich.

## Neue Schikanen für Hartz-IV-Empfänger

Neben den üblichen Demütigungen und Sanktionen durch die Jobcenter droht Hartz-IV-Empfängern ein Zwangsumzug, wenn die Kosten der Unterkunft (KdU) zu hoch sind. Die hier zugrunde liegenden Berechnungen beruhen teilweise auf veralteten Zahlen und sind gerichtlich umstritten. Schon Anfang 2013 waren 800 Umzugsanforderungen verschickt worden, obwohl – wie allgemein bekannt – es besonders in Gießen an bezahlbaren Wohnungen mangelt.

Dem begegnen die Behörden nun auf ihre eigene selbtherrliche Art: künftig soll auch ein Umzug im Umkreis von bis zu 15 km zumutbar sein – und wenn es das letzte Kaff ist ohne vernünftige Busanbindung!

Schon heute sind viele Betroffene gezwungen, den Betrag, um den ihre Miete angeblich zu hoch ist, von den

399 Euro zu bezahlen, die der Staat ihnen monatlich zum Leben zubilligt. Allein im 3. Quartal letzten Jahres sind 79 Absenkungen vorgenommen worden. – Mietverein und Arbeitsloseninitiative sprechen von 600.000 Euro, die der Kreis an den KdU einsparen will. Auch wenn dies geleugnet wird: eine Anhebung der Bemessungsgrenzen wird ausgeschlossen. Wenn es darum geht, die Ärmsten zu schröpfen, arbeiten Kreis und Jobcenter Hand in Hand.

Am aufgeblähten Monstrum Job-Center wird nicht gespart; das will nicht nur beschäftigt, sondern auch finanziert sein. Seine 224 sicheren Arbeitsplätze kosten 17 Millionen Euro im Jahr, darunter die von 81 „Integrationsfachleuten“ mit einem Durchschnittsgehalt von 60.000 Euro im Jahr. Frage: wer wird hier „integriert“?

Die Kaltmiete darf für einen 1-Personen-Haushalt bei einer maximalen Größe von 45 qm nicht mehr als 5,40 €/qm betragen.

Einem 2-Personen-Haushalt werden 60 qm zugestanden bei maximal 5 €/qm.

Die Wohnbau verlangt 5,80 €/qm.

Die Durchschnittsmiete in Gießen liegt bei 7,42 €/qm.

**"Leistungen für die Unterkunft werden in Höhe der tatsächlichen Aufwendungen erbracht."**  
(SBG XII, § 35)



## Tariftreue im Kreis Gießen

Etwa 9000 Euro muss der Landkreis Gießen ab 1.1. wegen des neuen Mindestlohns mehr ausgeben – z.B. waren die Beschäftigten bei der Essensausgabe an Schulen (externe Dienstleister) unterbezahlt. D. h., es wurden Aufträge an Firmen vergeben, die nicht nach Tarif bezahlen. Öffentlich hatten die Kreispolitiker, insbesondere von der SPD, stets gefordert, Aufträge nur an tariftreue Firmen zu vergeben...



(Fortsetzung von Seite 1)

### "Bürgerbeteiligung"

herrschaft) zu erwecken, aber zu tun, was im Interesse des herrschenden Kapitals liegt. Der Wille der Menschen spielt auf kommunaler Ebene (LaGa, Stuttgart 21...) genauso wenig eine Rolle wie auf Bundesebene, wo sich die große Mehrheit folgenlos gegen die stetige Umverteilung von unten nach oben ausspricht sowie gegen Kriege – und Kriegshetze. E.B.

## LaGa: Stadt hintertrieb Bürgerbeteiligung

Von Beginn an hintertrieben SPD und Grüne den Protest. Die Parlaments-sitzung vom Dezember 2011 wurde – auch mit „Beratungspausen“ – bis nach 24 Uhr (dem zeitlichen Limit) hinausgezögert, so dass fünf kritische Anträge zur LaGa nicht mehr drankamen. Erst nach Protest der ausharrenden Zuhörer wurden sie bloc bei verkürzter Diskussion behandelt – und abgelehnt. – Statt das erste Bürgerbegehren zuzulassen, zog die Stadt vor Gericht. Ergebnis: Bäume dürfen gefällt aber keine neuen Schulden gemacht werden.

Dem zweiten Bürgerbegehren zur Erhaltung des Schwanenteichs und seiner Ufer wurde per Beschluss des Stadtparlaments entsprochen. Aber auch daran hielt man sich nicht. Als „Gehölzpflege“ deklariert wurden dennoch Bäume gefällt und Sträucher entfernt – woraufhin die Umweltverbände BUND, NABU und HGON den Runden Tisch zur LaGa aus Protest verließen. Übrigens gilt der Beschluss ohnehin nur bis Frühjahr 2016.

Gegen den Willen der Bevölkerung wurde die Unterführung in der Ostanlage zugeschüttet (damit die Bimmelbahn queren kann). Als absehbar war, dass die angeblichen Kosten in Höhe von 350.000 Euro (bei Beträgen unter 500.000 muss das Parlament nicht zustimmen) nicht eingehalten werden konnten, wurde die Verlegung der Versorgungsleitungen einfach herausgerechnet.

Und die OB kniff: obwohl auch sie sich dagegen ausgesprochen hatte, verließ sie die Sitzung vor der Abstimmung statt ein Veto einzulegen.

Das ist die transparente bürgernahe Politik dieser Koalition. Trotz tausender Unterschriften setzte sie die teure, umweltzerstörende Landesgartenschau durch, der die Gießener – wie die ausgebliebenen Besucher zeigen – großenteils fernblieben.

Und jetzt will sie eine „Bürgerbeteiligung“ aus dem Hut zaubern!

Die gleichen Erfahrungen machen derzeit BIs wie die gegen die Bebauung des RKH-Geländes. Erika Beltz

# Klappe auf für unser UKGM!

## Neue SDAJ-Zeitung für Uni-Klinik

Sicher - wer heutzutage das Glück hat, einen Ausbildungsplatz für den Traumberuf oder in unmittelbarer Nähe zum Heimatort zu ergattern, kann sich mehr als glücklich schätzen. Doch wie glücklich kann man noch sein, wenn man sich mit mehr als unbefriedigenden Ausbildungsbedingungen abfinden muss?

Besonders drastisch kann man das am Uniklinikum Gießen-Marburg beobachten; und dazu hat die Privatisierung des Klinikums 2005 nicht gerade wenig beigetragen. Seitdem die Rhön AG Betreiber und Eigner des UKGM ist, verschärfen sich die Bedingungen, nicht nur für Pfleger, die unter Arbeitshetze leiden, oder für Patienten, die mit langen Wartezeiten rechnen müssen. Nein! Auch für die Azubis am Klinikum heißt es zurückstecken, wenn es um die Qualität ihrer Ausbildung geht, und das, obwohl das UKGM einen viel höheren Anteil an Profiten und Investitionen einfährt als andere vergleichbare Institutionen.

Weshalb im gleichen Zuge die Ausbildungsvergütung relativ niedrig bleibt und warum die Zustände in den Wohnheimen so schlecht sind, hat sich der eine oder andere sicherlich schon oft genug gefragt, schafft man es mit seinem Azubi-Gehalt doch nur gerade so über die Runden zu kommen und ein kleines Zimmer in einem der sanierungsbedürftigen Wohnheime zu bezahlen. Dabei müssten diese eigentlich komplett abgerissen und

neugebaut werden, eine Sanierung wäre nämlich teurer. Sonderlich sauber ist es hier auch nicht, die Zustände der Küchen laden nicht gerade zum gemeinschaftlichen Kochen ein und an defekten Geräten mangelt es auch nicht.

Doch nicht nur das Wohnen, auch das Lernen wird einem nicht gerade leicht gemacht, denn durch den hohen Personalmangel am UKGM muss auch ein Azubi öfter mal seine Pausen streichen, Überstunden ansammeln oder auf eine ausreichende Praxisanleitung verzichten, obwohl er einen Nachweis über eine bestimmte Anzahl solcher Stunden benötigt, um zu seinem Examen zugelassen zu werden. Aber auch wer es schafft, das Examen zu bestehen, muss weiterhin um seine Zukunft bangen. Übernommen wird man nämlich nur für ein Jahr und ob man im erlernten Beruf arbeiten kann, bleibt unsicher. Diese Zustände entsprechen nicht unseren Interessen und sind ein guter Grund, sich zu wehren und sich zu organisieren! Deshalb bringen wir eine Kleinzeitung unter dem Titel „Klappe auf für unser UKGM“ heraus, die einen tieferen Einblick in die Zustände am Uniklinikum geben soll. Damit wollen wir vor allem eine Perspektive aufzeigen, wie wir uns für unsere eigenen Interessen einsetzen können. Wer sich also jetzt noch näher informieren will, kann die Kleinzeitung bei uns beziehen! sdaj-giessenmarburg@gmx.de

### Klinik-Check

Klinik-Check Hessen – unter diesem Titel berichtete das Hessische Fernsehen über seine Recherchen in vier hessischen Kliniken: den Universitätskrankenhäusern Frankfurt und Gießen-Marburg sowie den kommunalen Kliniken in Kassel und Fulda. Bei den Bereichen Erreichbarkeit, Verpflegung, Unterbringung und ärztliche Versorgung gab es geringe Unterschiede zwischen den einzelnen Häusern. Eines war bei allen gleich: die Überlastung des Pflegepersonals. Alle Pflegenden sind frustriert, weil sie für die Patienten nicht das tun können, was sie für richtig halten, sondern ständig von Bett zu Bett hetzen müssen und nur das notwendigste erledigen können. Obwohl die meisten ihren Beruf lieben, bleiben sie durchschnittlich nur etwa zehn Jahre im Pflegedienst und suchen sich dann etwas anderes. Im privatisierten Uniklinikum Gießen-Marburg ist die Situation besonders schwierig, da hier auch noch Geld für Investitionen und Dividenden erarbeitet werden muss (was im Fernsehbeitrag aber nicht erwähnt wurde). Es wird Zeit, dass durch gesetzliche Regelungen, wie sie von der Gewerkschaft ver.di gefordert werden, eine bessere Personalausstattung für alle Krankenhäuser vorgeschrieben wird.

Gernot Linhart



# Allen alles – nur kein Programm

Da sind nun recht unvermittelt zwei rechte Sterne am politischen Himmel aufgegangen: AfD (Alternative für Deutschland) und Pegida (Patrioten gegen die Islamisierung des Abendlandes). Ersterer erwuchs vor allem aus Ängsten um den Bestand des Euro und der EU, die Anhänger des zweiten sehen „das Abendland“, was immer das sei, ganz allgemein in Gefahr durch „den Islam“, was immer der sei. Es sind Versuche einfacher Antworten einer „verängstigten Gesellschaft“ (FAZ), Angst vor der großen Katastrophe, Krieg, Crash, Unruhen. Wenn Sozialisten/Kommunisten die Gesellschaft ändern wollen, geben sie ausdrücklich Ziele und Wege zum gesellschaftlichen Umbau an; diese neuen Parteien brauchen kein Programm, ihre

mehr oder weniger rechte Anhängerschaft ist mit der in ihren Ohren wohl-tönenden Phrase zufrieden. Wir kennen das aus der deutschen Geschichte. Schon Hitlers angeblich „unabänderliches“ Programm war ein Sammelsurium nichts sagender Phrasen wie etwa „die Brechung der Zinsknechtschaft“, wo selbst nach Goebbels „nur der brechen muss, der die-

sen Unsinn liest“. Unabänderlich war es desgleichen nicht, etwa als Hitler Mussolini Südtirol überließ. Die Politik der heutigen „Rechtspopulisten“ speist sich aus diffusen Ängsten, welche die Gefährdung des heutigen Kapitalismus dunkel erahnen lassen.



In ihrer meist bürgerlichen Anhängerschaft wächst das Gefühl, sie könne ihren hart errungenen sozialen Status verlieren. Besorgniserregend ist, dass diese Schichten schon im heutigen Deutschland Rattenfängern hinterher laufen, wo im Gegensatz zu 1933 eine allgemeine Not nicht unmittelbar greifbar ist. Gar nicht neu ist, dass man als Bedrohung einen Feind ausmacht wie den Islam, mit

dem man so wenig Erfahrungen hat wie damals mit dem „Juden“. Und mit dem „Abendland“ dürften die wenigsten der Pegida-Leute etwas am Hut haben. - Das alles zeigt aber auch, wie es - vor allem seit dem Zusammenbruch der sozialistischen Staaten – gelungen ist, jegliche ernsthafte argumentative Kritik am Kapitalismus in Deutschland und weltweit zu kriminalisieren und zuückzudrängen, so dass gesellschaftliche Kritik nur noch mittelalterlich im moralisch-religiösen Gewand daherkommen kann. Da propagieren Rebellen brutal ein „islamisches Kalifat“ in Syrien und im Irak und verunsicherte Deutsche sehen „das christliche Abendland“ in Gefahr. Mit dieser inhaltslosen Phrase kann man dann allen alles versprechen. Vorbild sind antirationalistische quasi religiöse Glaubenssätze die das Unvereinbare versprechen, wie Bert Brecht es in den

Hitlerchorälen aufzeigt:  
*„Bittet den Anstreicher (Hitler), dass er den Zinsfuß senke!  
Und ihn zugleich  
Auch noch erhöh in sein'm Reich  
Ohne dass er sich verrenke!  
Möge er der Löhne der Arbeiter  
gnädig gedenken!  
Sorg er für sie.  
Doch auch für die Industrie!  
Mög er den Arbeitslohn senken!*  
Klaus Mewes

# Klimakonferenz - außer Spesen nichts gewesen

„Und dann fang wergleich an...“ heißt es in einem 100 Jahre alten Couplet von Otto Reuter. Darin findet ein Handwerker immer neue Gründe, den Arbeitsbeginn zu verzögern bis er dann am Feierabend den gerade aufgehobenen Backstein fallen läßt. Dieser Text könnte die Hymne der jährlichen Klimakonferenzen sein. Auch dieses Jahr in Lima wurde wieder einmal beschlossen, auf der nächsten Konferenz in Paris etwas zu beschließen, was dann irgendwann mal umgesetzt wird. In solchen Konferenzen und bei nationalen Klimavorhaben werden immer Ziele genannt, die in weiter Ferne liegen - konkrete Vorhaben für die nächsten Monate gibt es nie. Den Vogel abgeschossen hat dieses Jahr die deutsche Umweltministerin Hendrick. Sie forderte in ihrer Rede, bis zum Jahr 2100 die CO<sub>2</sub>-Emissio-

nen auf Null zu reduzieren. Welchen Sinn soll es haben, Ziele für 2100 zu formulieren? Weiß irgendjemand, wie die Welt dann aussieht, wie die technische, politische und gesellschaftli-



che Entwicklung bis dahin verläuft? Außerdem ist das Ziel einer Null-Emission von CO<sub>2</sub> absurd und unnötig. Vom natürlichen CO<sub>2</sub>-Kreislauf scheint die Frau Ministerin noch nie

etwas gehört zu haben. Hauptargument der Industriestaaten für ihre abwartende Haltung sind die steigenden CO<sub>2</sub>-Emissionen der Entwicklung- und Schwellenländer.

Als Bösewicht wird die Volksrepublik China genannt, die inzwischen der größte Emittent ist. Allerdings hat China auch 1,5 Milliarden Einwohner. Durchschnittlich emittiert dort jeder Einzelne ein Viertel so viel wie ein US-Amerikaner und halb so viel wie ein Deutscher. Würden alle Industrieländer ihren Durchschnittswert auf den von China reduzieren, gäbe es kein Klimaproblem mehr. Das Problem ist also lösbar – aber es darf nicht den Politikern, die ja nur die Interessenvertreter der Konzerne sind, überlassen bleiben. Gernot Linhart



## Ein Gruß aus Havanna

Wir sind eine Gruppe junger Leute aus Mittelhessen, die aus ganz unterschiedlichen Gründen gerade auf Cuba ist, sei es ein Philosophie-studium, ein neuer Job, die Suche nach dem Sozialismus oder einfach nur der dringende Wunsch, ein anderes Land mit all seiner Vielfältigkeit wie Kultur, Sprache und System kennen zu lernen. Wir haben hier einen Blog erstellt, dessen Ziel es ist, ein Mosaik aus Eindrücken zu erschaffen, um die Leute in Deutschland an unsere Erfahrungen, Erlebnissen und Einschätzungen, während unserer Zeit auf Cuba, teilhaben zu lassen. Wichtig ist uns, dass wir ein differenziertes Bild von Cuba entwerfen und keine Seite gestalten, die Cuba als das Paradies auf Erden darstellt. Wir wollen über die schönen und die schlechten Dinge schreiben, über Widersprüchlichkeiten und Banalitäten, über Themen, die uns hier beschäftigen. Denn schon anhand des Namens und Leitspruchs: „**eine andere Welt ist möglich**“, merkt ihr, dass uns jeden Tag wieder aufs Neue



unglaublich viele Dinge auffallen, die die Einzigartigkeit Cubas widerspiegeln. Denn Cuba ist weitaus mehr, als nur Sonne, Rum und Strand, es ist das „kleine Dorf im riesigen Gallien, das kontinuierlich Widerstand leistet“. Der Blog soll kein klassisches Reisetagebuch oder eine trockene Infoseite sein, dennoch soll er Cuba-Interessierten die Möglichkeit geben,

mehr über dieses spannende Land zu erfahren und ein umfassenderes Bild von Kuba zu erhalten. Wir wollen versuchen den einseitigen Darstellungen Cubas etwas entgegen zu stellen, wie zum Beispiel in den letzten Tagen, bezüglich der diplomatischen Annäherungen von Cuba und den USA. Es ist ganz schön aufregend in einer Zeit hier zu sein, in der ein so starker Wind von Veränderungen weht. Da wir nicht wollen, dass dies nur unsere eigene Sicht der Dinge bereichert laden wir euch herzlich ein, auf unserem Blog vorbeizusehen! Viel Spaß beim Lesen!

[www.berichteaushavanna.wordpress.com](http://www.berichteaushavanna.wordpress.com)  
Jan, Kolja, Lotta, Paula, Sophie, Tobi aus Havanna

## DKP grüßt Cuban 5

Die DKP Gießen begrüßt die Freilassung der letzten drei der insgesamt fünf kubanischen Patrioten, die in den USA 2001 zu langjährigen, teilweise lebenslänglichen Haftstrafen verurteilt worden waren, weil sie antikommunistische Terrorgruppen in Miami unterwandert hatten. Auch die DKP hat sich stets für ihre Freiheit eingesetzt, betonte Erika Beltz, Mitglied des DKP-Kreisvorstands und Sprecherin der Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba. - Die Ankündigung des US-Präsidenten Obama, zu normalen diplomatischen Beziehungen zurückkehren zu wollen, ist ebenfalls zu begrüßen. Immerhin ist Kuba durch die jahrzehntelange – von zehn US-Präsidenten aufrecht erhaltene - Blockade ein wirtschaftlicher Schaden von insgesamt einer Billion US-Dollar entstanden.

Erst im letzten November hat die UN-Vollversammlung mit 188 gegen 2 Stimmen gefordert, endlich die Blockade zu beenden. Diesen eindeutigen Beschluss, der mit ähnlichem Stimmenergebnis seit Jahren gefasst wird, haben die USA bisher ignoriert. Lediglich die USA selbst sowie Israel hatten sich stets diesem Votum widersetzt. Wie weit sich die Beziehungen verbessern und die Blockadebestimmungen tatsächlich aufgehoben werden, muss abgewartet werden, denn hierfür ist ein Beschluss des US-Kongresses notwendig. - Auch wenn dieser überraschende Schritt zugleich geeignet ist, Obamas politische Probleme sowie die jetzt veröffentlichten Folterberichte in den Hintergrund treten zu lassen, teilt sie die Hoffnung der Kubaner auf spürbare Verbesserungen, erklärte Erika Beltz. Sie wies darauf hin, dass im April ein Vertreter der kubanischen Botschaft zur Mai-Veranstaltung der DKP nach Gießen kommen wird, um auch über die Veränderungen zu berichten.

**Diese Presseerklärung wurde von beiden Gießener Tageszeitungen nicht veröffentlicht**



# Imperialer Realismus – Die neue deutsche Außenpolitik

„Imperialer Realismus“ ist der Titel einer aktuellen Veröffentlichung von Frank Deppe im VSA Verlag. Der Marburger Politologe stellt hier die neue deutsche Außenpolitik dar, analysiert die Bestrebungen der politischen und wirtschaftlichen Eliten sowie der Leitmedien. Er greift in die Debatte des neuen Geschichtsrevisionismus ein und skizziert Überlegungen für eine linke Außenpolitik im 21. Jahrhundert.

Der Autor beschreibt, wie die bundesdeutschen Eliten die Rolle Deutschlands in der Welt neu verorten wollen. Exemplarisch hierfür stehen die Äußerungen von Bundespräsident Gauck, dass dieses Land die *"Zurückhaltung, die in vergangenen Jahrzehnten geboten war, vielleicht ablegen"* und sich einer *"neuen Verantwortung"* stellen sollte.

Was dahinter steckt, beschreibt Deppe wie folgt: „Seit geraumer Zeit werden die Planungen des neuen "imperialen Realismus" in Papieren des Außenministeriums, von Experten aus Politik, Wirtschaft, Medien und Wissenschaft ausgearbeitet. Dass Deutschland dabei bereit sein muss, "auch militärische Gewalt anzuwenden", geht weit über bisherige Auslandseinsätze hinaus und schließt die Forderung ein, dass die Einbindung der parlamentarischen Gremien "flexibilisiert" werden müsse.

In den Medien wird der geforderte "Kurswechsel" durch die Debatten über Ursachen und Schuldfrage im Ersten Weltkrieg und im Konflikt mit Russland über die Ukraine begleitet und vorbereitet. Think Tanks spielen eine bedeutende Rolle, wie die Ablehnung von verstärk-

## Leserbriefe

**Die Rente verliert an Kaufkraft.** Die Lebensmittelpreise, Mieten und Versicherungsbeiträge steigen schneller als die Altersbezüge. Die Pensionen in Deutschland haben seit 2004 deutlich an Kaufkraft verloren. Rentner im Westen können sich heute mehr als 12% weniger leisten, als noch vor der damaligen Rentenreform. Im Osten beträgt der Kaufkraftverlust über 8%. Eine Kehrtwende ist nötig, um den weiteren Werteverfall der Altersbezüge zu stoppen. Verantwortlich für die Kaufkraftverluste in Ost und West sind die Nullrunden und Minianpassungen der vergangenen Jahre, ebenso die Inflation, Zinsentwicklung und gestiegene Beiträge für Kranken- und Pflegeversicherung. Das ist keine zwangsläufige Entwicklung. Das ist politisch gewollt! Falk Moldenhauer

Nun hat „unser“ „rechtsstaatlicher Revoluzzer“ Bodo Ramelow (PDL) in Abgrenzung zur DDR sein Ziel erreicht: Er ist Ministerpräsident von Thüringen! Die Haltung von M. Beltz und P. Köbele (GE 12/14) kann ich nur verstärken: Allein der mit einer Stimme Vorsprung erreichte „Erfolg“ lässt die PDL/SPD-Regierung als äußerst fragil erscheinen. „Unser“ Bodo hat 2014 offensichtlich das Abschmieren der PDL bei den Kommunal- und Landtagswahlen in Brandenburg übersehen. Grund: Die PDL trägt die Spar- und unsoziale Politik von

SPD unterwürfig mit. In Thüringen ist nichts Anderes zu erwarten. Die Wahlbeteiligung lag weit unter 50%. Die Rechten aller Schattierungen gehen parlamentarisch und außerparlamentarisch hier und bundesweit in die Offensive: Für die angebliche „Rettung des Abendlandes“, mit sozialer Demagogie. Die wahren Machtverhältnisse zwischen Kapital und Arbeit werden in Bodos Clan verschleiert. Dazu wird Rosa Luxemburg als „freiheitliches“ Feigenblatt missbraucht! Berücksichtigt wird z.B. bewusst nicht: 1. „*Könnten Wahlen etwas verändern, würde man sie verbieten.*“ 2. „*Sie (die damalige SPD) glaubten sie seien an der Macht, dabei waren sie nur an der Regierung.*“ Sie und Karl Liebknecht wurden maßgeblich von SPD (Noskes Freikorps) am 15.01.1919 ermordet! Uwe Moldenhauer

**Cuba: Historischer Sieg nach 16 Jahren.** In Lateinamerika wird das Eingeständnis Obamas, dass die aggressive Politik der USA gegenüber Cuba gescheitert ist, mit Freude aufgenommen. Während die Cubaner die Rückkehr der letzten 3 Aufklärer feiern, weisen Politiker anderer Länder darüber hinaus auf die prinzipielle Bedeutung für den Kontinent und sogar für Afrika und Europa hin. Man verhandelt nunmehr auf zunehmend gleicher Augenhöhe. So lässt sich z.B. Ecuador ökologisch keine Vorschriften aus der BRD mehr machen. Dasleys Merino Torres (Cuba)



Frank Deppe: Imperialer Realismus. Eine Flugschrift, Hamburg 2014, VSA, 141 S., 11.80 Euro

tem militärischen Engagement in der Bevölkerung überwunden werden kann. Aktueller als in „Imperialer Realismus“ kann wissenschaftlich-politische Kritik nicht sein. Ulf Immelt

**UZ-Sozialistische Wochenzeitung der DKP**  
 UZ Woche für Woche antikapitalistisch!  
**10 Wochen kostenlos testen**  
 CompressVerlag, Hoffnungs-Str. 18, 45127 Essen  
 info@unsere-zeit.de

**Redaktionsschluss für Februar-Echo: Mi., 28.1.2015**

## Gießener Echo

Hrsg: DKP Kreisvorstand Gießen; verantw.: Erika Beltz, erscheint monatlich. Bezugsgebühren: 20 € im Jahr (inkl. Versandkosten). Konto: Nr.193070 Sparkasse Gießen, BLZ 51350025 bzw. IBAN: DE75 51350025 0000 1930 70, BIC SKGIDE5F. Druck: Druckkollektiv  
 Bestellungen, Leserbriefe, Anfragen an: Gießener Echo, Postfach 110226, 35347 Gießen, E-Mail: dkp@dkp-giessen.de. Im Internet: [www.dkp-giessen.de](http://www.dkp-giessen.de)

Ich möchte:  
 das Gießener Echo abonnieren  
 das Gießener Echo online (pdf) abonnieren

Name:.....

Adresse:  
 .....  
 .....

e-mail: .....

## Ria Deeg (1907 – 2000)

### Wie eine Kommunistin in der Illegalität arbeitete

Die KPD hatte sich als einzige Partei auf die Machtübergabe an Hitler vorbereitet. So arbeitete Ria ab 1933 illegal weiter. Sie verkaufte mit anderen Kommunisten „Die Rote Fahne“ und sammelte für die „Rote Hilfe“ zur Unterstützung von gefangenen Genossen und deren Familien.

Ria schrieb „die Flugblätter unter den unmöglichsten Bedingungen. Zu Anfang in der Wohnung eines Genossen, dessen Frau aber nichts davon wissen durfte. Zu stark war der Terror der Nazis. Die Schreibmaschine stand auf dem Bett, ich kniete davor, denn die Hausbewohner durften nichts hören.“ - Einmal, als sie gerade in einer Gartenhütte ein Exemplar geschrieben hatte und sie die Hütte verließ, kam ein Feldhüter vorbei. Der ahnte, worum es ging und ging weiter. - In einem untervermieteten Zimmer wohnte ein SA-Mann. Der war einverstanden, dass im großen Schrank, der in einem Zimmer stand, Wäsche verstaut werden konnte. Er ahnte nicht, dass unter der Wäsche sich eine Schreibmaschine befand.

Die Gestapo kam wieder einmal zur Hausdurchsuchung. Bevor das Zimmer des SA-Mannes durchsucht werden konnte rief Ria: „Ja, da wohnt doch Herr Adams, der Mann ist SA-Mann und alter Kämpfer, können Sie denn in seiner Abwesenheit sein Zimmer durchsuchen?“

Die beiden gingen und das war die Rettung.

Für manche hört sich das alles so romantisch an, die Genossen schwebten jedoch ständig in Lebensgefahr.

Nach einem Verrat wurde Ria zu 2½ Jahren Zuchthaus wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“ verurteilt, die acht Monate U-Haft wurden wegen „hartnäckigem Leugnens“ nicht angerechnet, dazu fünf Jahre Ehrverlust und zwei Jahre Stellung unter Polizeiaufsicht. - „Ich war insgesamt 15 Monate in strenger Einzelhaft, d.h. ich sah nur beim Rundgang im Hof Mitgefangene, mit denen ich natürlich nicht sprechen durfte.“

Michael Beltz

## Widerstand gegen Hartz IV

montags 18 - 19 Uhr,  
bei den 3 Schwätzern



Wir wünschen allen  
Leserinnen und Lesern  
ein gutes Neues Jahr

### Wir bitten um Überweisung der Abo-Gebühren für 2015

Und wir bitten um Spenden. Die benötigen wir dringend, um das Gießener Echo auch in Zukunft in dieser Auflage herausbringen zu können. Diese Bitte richtet sich auch an unsere Online-Leser. Das Gießener Echo ist verlässlicher Partner im Kampf gegen Krieg und Sozialabbau, gibt Informationen, die andere verschweigen und unterstützt viele Gießener Organisationen und Initiativen in ihrer Arbeit. Wir erinnern: Spenden an politische Parteien können von der Steuer abgesetzt werden. Das Finanzamt erstattet 50% des gespendeten Betrages.

Sparkasse Gießen, IBAN: DE75  
51350025 0000 1930 70



news.dkp.de / dkp-giessen.de

## Buchvorstellung

### Frank Deppe: „Imperialer Realismus?“

Mittwoch, 14. Januar, 20 Uhr, DGB Haus, Walltorstr. 17, Dachsaal

Frank Deppe, Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat von Attac und im Vorstand der Rosa-Luxemburg-Stiftung, war bis 2006 Professor für Politikwissenschaft an der Uni Marburg. Veranstalter: DGB Region Mittelhessen

## Die Ukraine nach den Wahlen

### Augenzeugenbericht von Wolfgang Gehrcke

Freitag, 23. Januar, 19 Uhr, DGB Haus, Walltorstr. 17, Dachsaal

Wolfgang Gehrcke, MdB der Linkspartei, hat Mitte November 2014 Kiev, das russisch-ukrainische Grenzgebiet und Odessa bereist und Gespräche mit Vertretern der Regierung, der Opposition, der deutschen Botschaft, linker Organisationen und der Aufständischen in der Ostukraine sowie mit Bürgerkriegsflüchtlingen geführt und wird aus erster Hand berichten.

Veranstalter: VVN/BdA Gießen, Antifaschistisches Plenum



## Kein Frieden mit der NATO! Gegen die NATO-Sicherheitskonferenz 2015

Demonstration in München am Samstag, 7. Februar 2015 um 13 Uhr, Marienplatz